

12.2016/01.2017

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	11
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	15
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	23
Wasser & Meere	24
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



DNR intern	37
Aus den Verbänden	37
Ehrenamt	38
Preise & Ausschreibungen	39

SERVICE

Termine	40
Impressum	40

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	41
Schwerpunkt: Kulturelle Bildung	

SPEZIAL

Reformation – Transformation

Seite 29 bis 36

THEMEN DES MONATS

Klimapolitik

Rasante Zerstörung des Planeten

Der vom Menschen verursachte Turboklimawandel erfordert sofortiges Handeln

Seite 2

Green Economy

Preisschild für nachhaltiges Wirtschaften

Expertenempfehlungen für eine umweltfreundliche Ökonomie bleiben hinter den Erwartungen zurück

Seite 4

Ressourcenschutz

Den Boden nicht vergessen

Neben Erosion, Versiegelung und Artenschwund ist die Untätigkeit der Politik die größte Bedrohung

Seite 6

Interview: Jutta Sundermann über das Monsanto-Tribunal

„Kampf der Giganten um Saatgutmarkt“

In Den Haag wurde dem US-Konzern Monsanto wegen Verbrechen gegen die Umwelt der Prozess gemacht

Seite 17

Green Economy

Preisschild für nachhaltiges Wirtschaften

Expertenempfehlungen für eine umweltfreundliche Ökonomie bleiben hinter den Erwartungen zurück

Das Fachforum „Nachhaltiges Wirtschaften“ hat auf der Green-Economy-Konferenz im November in Berlin seine Empfehlungen vorgestellt, wie eine nachhaltigere Wirtschaftsweise in Deutschland umgesetzt werden kann. Für das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) machen die Empfehlungen auf halber Strecke halt. Statt umweltschädlicher Subventionen fordert es eine höhere Steuer auf Umwelt- und Ressourcenverbrauch. ■ VON BJÖRN KLUSMANN, FÖS

Zahlreiche TeilnehmerInnen folgten der Einladung des Bundesumweltministeriums und des Bundesforschungsministeriums zur Green-Economy-Konferenz 2016, darunter große Umweltverbände sowie der Bundesverband der Deutschen Industrie und der Deutsche Gewerkschaftsbund. Als Diskussionsgrundlage dienten die Vorschläge des Fachforums „Nachhaltiges Wirtschaften“, ein Beratungsgremium der Bundesregierung, das den Forschungsbedarf für Nachhaltigkeit identifizieren und Handlungsempfehlungen für die Politik formulieren soll. Die Empfehlungen zeigen jedoch nur notwendige, aber keine hinreichenden Schritte auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft auf. Selten lassen sich die großen Unterschiede zwischen theoretischer Übereinstimmung und praktischem Handeln deutlicher erkennen. Auf der einen Seite sind da die langwierigen praktischen Verhandlungen um konkrete politische Maßnahmen, die Eingang in den Klimaschutzplan der Bundesregierung finden sollten. Auf der anderen Seite ist dort das theoretische und konsensuale Beratungsschlagen über potenziell geeignete Maßnahmen, wie Deutschland den Wandel zu einer Green Economy bewerkstelligen kann. Die Einigkeit hierbei ist groß, die Chancen sind immens. Doch hängen beide Ebenen unweigerlich miteinander zusammen – Theorie allein bleibt eben grau.

Auf der Green-Economy-Konferenz wurden übergreifende Empfehlungen präsentiert, die das FÖS wie die meisten Umweltorganisationen ausdrücklich unterstützt. Unter anderem heißt es darin, dass „Verfahren entwickelt und von den beteiligten Akteuren vereinbart werden [sollen], die externe ökologische und soziale Kosten

... internalisieren und Nachhaltigkeit geldwert oder indikatorisch in Bilanzen und Berichten ausweisen“. Die Präferenz des FÖS liegt dabei ganz klar auf der geldwerten Abbildung der externen Kosten. Warum sollte sich der Staat darauf beschränken, ein umfassenderes Berichtswesen von Unternehmen einzufordern? Weniger bürokratisch ist es doch, grundsätzlicher an das Thema heranzugehen und dafür zu sorgen, dass die Preise mindestens die offenkundigen ökologischen und sozialen Kosten abbilden, die schon heute bekannt sind.

Umweltkosten über Preise abbilden

Auch den Appell des Papiers – „nachhaltige Lösungen müssen am Markt durch Nachfrage überzeugen“ – hält das FÖS für gut gemeint. „Durch Nachfrage überzeugen“ ist eine eigentümliche Formulierung, denn in der Marktwirtschaft geht es Anbietern von Dienstleistungen und Produkten doch immer darum, die NachfragerInnen zu überzeugen. Aber nicht jedes Angebot verschafft sich seine Nachfrage. Vielmehr entsteht Nachfrage nach bestimmten nachhaltigeren Lösungen erst dann in ausreichendem Maße, wenn diese nicht automatisch teurer sind, so wie es heutzutage oft der Fall ist. Gerade der Preisvergleich zwischen Lebensmitteln in Bioqualität und denen aus konventioneller Produktion lässt viele VerbraucherInnen immer noch eher zum Schnitzel aus Massentierhaltung greifen, als das Konkurrenzprodukt mit Biosiegel zu wählen. Dass selbst bei den grundsätzlich an nachhaltigem Lebensstil interessierten VerbraucherInnen die Entscheidung viel zu oft derart ausfällt, erklärte im Rahmen der Konferenz auch die

Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) vor allem mit den Preisunterschieden zwischen diesen Produkten. Was läge näher, als dafür zu sorgen, dass ein Teil der externen Kosten nicht nachhaltiger Lebensmittelproduktion Eingang in die Preise findet?

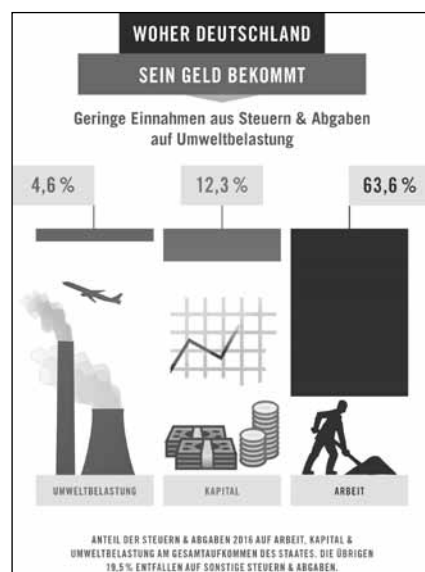
Wenn wir heute eine zunehmend von der realen Flächenverfügbarkeit losgelöste Fleischproduktion betreiben, ist dies auch möglich, weil der damit verbundene, viel zu große Stickstoffüberschuss nicht mit einem Preis versehen wird, etwa über eine Stickstoffüberschussabgabe. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft hat vor Kurzem auf einer vom FÖS organisierten Agrarkonferenz darauf hingewiesen, dass die Trinkwasserqualität immer schwieriger zu gewährleisten sei. Die Kosten dafür tragen wir alle mit unseren Wassergebühren. Richtig wäre es jedoch, die Kosten den Verschmutzungsverursachern zuzuordnen.

Der Preis beeinflusst maßgeblich die Kaufentscheidung

Gerade bei den Vorschlägen zum nachhaltigen Konsum macht das Empfehlungspapier auf halber Strecke halt. So stellt das Fachforum fest, dass die „verständliche und alltagstaugliche Kennzeichnung ... nachhaltige Kaufentscheidungen“ erst ermögliche. Sicher sind Information und Transparenz über Produktion und Herkunft wichtige Voraussetzungen für nachhaltige Kaufentscheidungen. Sie reichen aber eben nicht aus. Eines der wirksamsten Labels ist und bleibt das Preisschild. Das beste Siegel nützt weniger, als es könnte, wenn nicht auch die Steuer- und Abgabenpolitik des Staates dazu beiträgt, dass das ökologisch Notwendige auch das ökonomisch Sinnvolle wird.

Nach Ansicht des Fachforums dürften „innovative IT-basierte Methoden zur Nachverfolgung von Ressourcenlasten, auf die Konsumenten reagieren können“, dabei helfen. Aber was spricht dagegen, schon heute einen wirksamen CO₂-Preis zu etablieren, damit der ökologische Rucksack mindestens mit Blick auf dieses Treibhausgas auch für die EndverbraucherInnen in Form eines adäquaten Preises sichtbar wird? Die Wissensbasis hierfür ist längst vorhanden. Die Methodenkonvention des Umweltbundesamtes (UBA) legt nahe, dass der CO₂-Preis bei mittleren Annahmen bei 80 Euro pro Tonne liegen sollte. CO₂ braucht insofern einen deutlich höheren Preis, als die heutigen Steuern und der darniederliegende Emissionshandel zu leisten imstande sind. Es ist also an der Zeit für eine Finanzreform, die das deutsche Steuer- und Abgabensystem wieder in den Blick nimmt.

Noch immer werden in großem Umfang umweltschädliche Subventionen gewährt. Nur ein Beispiel ist das Dienstwagenprivileg. Dabei wird monatlich nur ein Prozent des Listen-Neupreises wie Einkommen versteuert. Im Gegenzug bekommt man eine Auto-Flatrate. Für viele ist der Dienstwagen daher normaler Bestandteil der Gehaltsverhandlungen. Anders gesagt: Die Krankenschwester muss die Steuerausfälle des Staates kompensieren, damit der Oberarzt weiter freie Fahrt mit seinem SUV genießen kann.



Neben diesen offenkundigen Missständen steht auch die übergreifende Struktur des Steuer- und Abgabensystems einer nachhaltigen Wirtschaftsweise entgegen. Für das Aufgreifen dieses Themas bieten die Empfehlungen des Fachforums Ansatzpunkte. So solle der Staat sein Handeln nachhaltig gestalten, „indem er Steuerungsinstrumente nutzt, zum Beispiel im Bereich der Steuer- und Finanzpolitik“. An dieser Stelle hat der Staat kein Erkenntnisproblem, es fehlt allein an politischem Mut und Entschlossenheit.

Das Verursacherprinzip anwenden

Wir zahlen unsere Steuern heute nicht auf das, was der Gesellschaft schadet, sondern auf das, was allen nützt (siehe Grafik, © FÖS). Unser Gemeinwesen finanziert sich zu knapp zwei Dritteln über die Besteuerung von Arbeit. Alle ArbeitnehmerInnen und Unternehmen tragen zu dieser Finanzierung bei – egal wie umwelt- und klimaschonend sie sich verhalten oder wie nachhaltig und sozial sie wirtschaften. Steuern auf Ressourcen- und Umweltverbrauch finanzieren unser Gemeinwesen nur zu 4,6 Prozent. Die tatsächlichen Kosten von Umweltschäden und sozialer Ungerechtigkeit müssen den VerursacherInnen und nicht den SteuerzahlerInnen in Rechnung gestellt werden. Dies geht, ohne die BürgerInnen und Unternehmen in ihrer Entscheidungsfreiheit zu bevormunden oder durch Verbote einzuschränken. Wenn die Regierung eine solche Reform aufkommensneutral ausgestaltet, erreicht sie gleichzeitig eine höhere Lenkungswirkung und kann auch die Wirtschaft mit ins Boot holen. Erst kürzlich meldete sich eine große Zahl namhafter Unternehmen zu Wort und forderte einen engagierten Klimaschutzplan ein, der auch wirksame CO₂-Preise erreichen muss.

Grundlage einer nachhaltigen Wirtschaft ist nach Überzeugung des FÖS eine nachhaltige Finanzreform. Diese muss beim Abbau der umweltschädlichen Subventionen ansetzen. Indem Dieselmotoren steuerlich vergünstigt wird, bevorteilt die Bundesregierung eine umwelt- und gesundheitsschädliche Technologie. Dies verhindert offenkundig das entschlossene Umsteuern in der Automobilwirtschaft hin zur Dekar-

bonisierung des Individualverkehrs. Obendrein trägt es dazu bei, dass die Menschen sich überhaupt viel zu häufig für das Auto und gegen die Bahn entscheiden.

Die gesamte Energiebesteuerung gehört auf den Prüfstand. Die aktuellen Steuersätze sind über die Energieträger hinweg nicht konsistent und in ihrer Höhe nicht ausreichend. Rechnet man die Energiebesteuerung auf CO₂ um, entspricht die Energiesteuer auf Erdgas beispielsweise einem Preis von 27 Euro pro Tonne CO₂, die auf leichtes Heizöl etwa 23 Euro pro Tonne. Zudem besteuert Deutschland leichtes Heizöl mit nur sechs Cent pro Liter, was in etwa ein Drittel des europäischen Durchschnitts ausmacht. Da überrascht es nicht, dass der Absatz der Ölheizungen wieder ansteigt, während der Verkauf von Heizungen auf Basis erneuerbarer Energien stagniert. Setzt man an diesen Punkten konsequent an, kann der Staat im Gegenzug endlich den Faktor Arbeit entlasten. Wenn es stimmt, dass Deutschlands wichtigste Ressource in den Köpfen der Menschen steckt, ist es doch paradox, dass die Arbeit der Menschen hoch besteuert wird, die Verbrennung der importierten fossilen Rohstoffe allerdings für Schleuderpreise zu haben ist. Würde Deutschland der Empfehlung der EU-Kommission nachkommen und den Anteil der Steuern auf Umwelt- und Ressourcenverbrauch auf zehn Prozent an der Finanzierung des Gemeinwesens erhöhen, könnten stattdessen zum Beispiel die Beiträge zu den Sozialversicherungen um fünf Prozentpunkte sinken. Alternativ kann der Staat das Geld auch auf anderem Wege an die Unternehmen und BürgerInnen zurückgeben. Entscheidend ist, dass Steuern und Abgaben endlich dazu genutzt werden, eine Umgestaltung zu ermöglichen. Dann klappt es auch mit dem nachhaltigen Wirtschaften.

Björn Klusmann ist Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 762399130,
E-Mail: bjoern.klusmann@foes.de,
www.foes.de



DNR INTERN

Mitgliederversammlung 2016

Niebert: „Umweltpolitik zur Gesellschaftspolitik machen“

■ Der DNR hat Ende November auf seiner Mitgliederversammlung das Präsidium des Dachverbands mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. An der Spitze des DNR steht seit 2015 der Nachhaltigkeitsexperte Kai Niebert. Daneben wurden Leif Miller und Undine Kurth als Vizepräsidenten sowie Sebastian Schönauer als Schatzmeister bestätigt. Als Beisitzer wurden Elisabeth Emmert, Gerlinde Hoffmann, Ludwig Sothmann und Ludwig Wucherpennig wiedergewählt. Neu gewählt wurden Jan Sachse als Jugendvertreter sowie Hermann Ott als Vertreter der Deutschen Umweltstiftung. Die Mitgliederversammlung verabschiedete darüber hinaus eine Resolution für ein weltoffenes Europa und gegen Rechtspopulismus und beriet über die Arbeitsschwerpunkte im Jahr 2017.

„Aufgabe des DNR wird es sein, den notwendigen Umbau der Gesellschaft aktiv zu begleiten. Dazu müssen auch wir Umweltverbände unser behagliches Ökosystem verlassen. Der Zustand der Umwelt entscheidet sich nicht im Umweltministerium, sondern auf unseren landwirtschaftlichen Feldern, in der Industrie und in der Sozialpolitik. Wir wollen Umweltpolitik zur Gesellschaftspolitik machen“, sagte Niebert.

Das bestätigte auch die Mitgliederversammlung in einem Leitantrag für eine zukunftsfähige Politik im Rahmen der planetaren Grenzen. Die anstehenden Herausforderungen hätten schon längst die Grenzen klassischer Umweltpolitik überschritten. Mit dem Bundesverband Deutscher Gartenfreunde, dem Deutschen Kanuverband und der Naturstiftung David hat der DNR drei neue Mitglieder, die im kommenden Jahr in der Umwelt aktuell vorgestellt werden. [mbu]

- ▶ DNR, Geschäftsführerin Helga Inden-Heinrich, Berlin, Tel. +49(0)30/ 6781775-98, E-Mail: helga.inden-heinrich@dnr.de, www.dnr.de/presse/presseinformation-26112016

Ökologische Gerechtigkeit

Bürgerdialog: Mehr Qualität als Quantität

■ Es geht nicht mehr um ein ständiges Wachstum der Wirtschaft, sondern um die Erhaltung des bestehenden Wohlstands und eine Verbesserung der Lebensqualität. Das ist das Ergebnis des Abschlussberichts zum Bürgerdialog „Gut leben in Deutschland“, den die Bundesregierung im Oktober veröffentlicht hat. An dem Bürgerdialog beteiligte sich im vergangenen Jahr auch der DNR mit dem Projekt „Lust auf Zukunft“, um auch dem Thema Umwelt gerecht zu werden (Umwelt aktuell 08/09.2016, S. 37).

Mehr als 15.000 BürgerInnen gaben ihre Meinung ab, wodurch ein breit gefächertes Spektrum an Aspekten von guter Lebensqualität in den Bericht einfluss. Zwar sind die Ergebnisse des Bürgerdialogs aus wissenschaftlicher Sicht nicht repräsentativ, aber „aufgrund der Vielfalt der Gruppen, die sich beteiligt haben, ergab der konsultative Prozess ein differenziertes Bild der gesellschaftlichen Prioritäten der BürgerInnen in Deutschland und der damit verbundenen politischen Herausforderungen“, heißt es in dem Abschlussdokument. [mbu]

- ▶ Abschlussbericht Bürgerdialog Lebensqualität: www.gut-leben-in-deutschland.de/SiteGlobals/PL/18795112

Bergbaukarte

Kein rohstoffarmes Land

■ Im Rahmen des Projektes Rohstoffpolitik 2.0 hat der DNR im November eine Bergbaukarte für Deutschland veröffentlicht. Dargestellt sind Ort und Umfang aller relevanten Bergbauaktivitäten, von Braun- und Steinkohleabbau über Erdöl und -gas bis zur Gewinnung von Steinen und Erden sowie Geothermieprojekte. Auf der Rückseite werden jeweils kurz die negativen Auswirkungen auf Natur und Menschen dargestellt. [red]

- ▶ Bestellung: DNR, Daniel Hiß, Berlin, E-Mail: daniel.hiss@dnr.de, www.dnr.de

AUS DEN VERBÄNDE

Grüne Infrastruktur

Kick-off für Naturflächen in Stadt und Land

■ Der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) hat im Oktober 2016 in Essen eine neue Agenda zur Grünen Infrastruktur vorgestellt. Zusammen mit dem Regionalverband Ruhr (RVR) diskutierten in der Grünen Hauptstadt Europas 2017 Landschaftsarchitekten und Wissenschaftler sowie Vertreter von EU, Bund, Ländern und Kommunen auf der Tagung Kick-Off Grüne Infrastruktur über den neuen Fachbegriff und dessen fachliche Wirkung.

Die EU-Kommission hatte den Begriff 2013 mit ihrer Strategie zur Grünen Infrastruktur eingeführt: ein strategisch geplantes Netzwerk natürlicher und naturnaher Flächen, um Ökosystemleistungen bereitzustellen – sowohl im ländlichen als auch im urbanen Raum. Die Bundesregierung hat das Thema seit 2014 auf der Agenda und erarbeitet derzeit eine Strategie. Dazu gehört das Weißbuch Stadtgrün, dessen Entwurf das Bundesumweltministerium demnächst im Internet zur Diskussion stellt. Diesen Prozess begleitet der bdla und gibt sieben Empfehlungen:

- ▶ Nationale Strategie zur Grünen Infrastruktur etablieren
- ▶ Grüne Infrastruktur als gesellschaftliche Pflichtaufgabe definieren
- ▶ Umweltgerechtigkeit, Gesundheitsvorsorge und soziale Teilhabe stärken
- ▶ Klimaanpassung und Naturschutz gestalten
- ▶ Räume verknüpfen und vielseitig nutzen
- ▶ Weißbuch Stadtgrün konsequent umsetzen
- ▶ Investitionsprogramm Grüne Infrastruktur entwickeln [mbu]
- ▶ Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla), Berlin, Tel. +59 (0)30 / 278715-0, E-Mail: info@bdla.de, www.bdla.de
- ▶ Weißbuchprozess BMUB: www.kurzlink.de/bmub-stadtgruen2016

Hauptversammlung DAV

Resolution für Alpenplan

■ Die Hauptversammlung des Deutschen Alpenvereins (DAV) hat Mitte November in Offenburg die Bayerische Staatsregierung aufgefordert, den Alpenplan zum Schutz des bayerischen Alpenraums nicht zu verändern. In der Resolution heißt es: „Der Alpenplan darf keinesfalls, weder heute noch in Zukunft, wirtschaftlichen Belangen geopfert und in seiner strengen Zonierung aufgeweicht werden.“ Die einstimmige Verabschiedung der Resolution zur Bewahrung des Alpenplans ist ein deutliches Zeichen gegenüber Öffentlichkeit und Politik.

Der DAV setzt sich als größter Bergsportverband der Welt nicht nur für Bergsport ein – als anerkannter Naturschutzverband engagiert er sich für Nachhaltigkeit, Erhalt der Natur, Ressourcenschutz und für Bergsport, der möglichst klimafreundlich ausgeübt wird. So wendet sich der DAV etwa gegen die geplante Skischaukel am Riedberger Horn (Beitrag des DAV-Vizepräsidenten Rudolf Erlacher in umwelt aktuell 11.2016, S. 2). Die rund 600 Delegierten aus 355 DAV-Sektionen sendeten im Namen des Naturschutzes den klaren Appell: Der Alpenplan muss Bestand haben! [mbu]

- ▶ Resolution Alpenplan (PDF): www.kurzlink.de/davres-alpenplan2016

Rat für Nachhaltige Entwicklung

Gremium neu konstituiert

■ Marlehn Thieme bleibt Vorsitzende des Rates für Nachhaltige Entwicklung (RNE). Die Ratsmitglieder bestätigten Thieme bei der konstituierenden Sitzung Ende November. Sie ist seit 2004 Mitglied des RNE und seit 2012 dessen Vorsitzende.

Olaf Tschimpke, Präsident des NABU, wurde als stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte die 15 Mitglieder des RNE zum 1. November 2016 für drei Jahre berufen, sechs von ihnen zum ersten Mal.

„Die Nachhaltigkeitspolitik war noch nie so relevant wie derzeit. Es geht in den kommenden Jahren um die konsequente und wirksame Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele. Deutschland übernimmt am 1. Dezember die G20-Präsidentschaft. Ich erwarte, dass die Bundesregierung den G20-Prozess nutzt, um die Agenda 2030 in dieser wichtigen Staatengruppe umzusetzen“, sagte Thieme.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung besteht aus Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Kirchen, Umweltschutz, Wissenschaft und weiteren Gesellschaftsbereichen. Er unterstützt die Bundesregierung bei der Umsetzung und Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Sein Arbeitsprogramm für die nächsten drei Jahre diskutiert und verabschiedet der Rat auf seiner Sitzung im Januar 2017.

- ▶ Mitglieder des RNE: www.nachhaltigkeitsrat.de/der-rat/mitglieder-des-rates
- ▶ Rat für Nachhaltige Entwicklung, Berlin, Medienreferentin Katja Tamchina, Tel. +49 (0)30 / 338424-233, E-Mail: katja.tamchina@nachhaltigkeitsrat.de, www.nachhaltigkeitsrat.de

EHRENAMT

Zivilgesellschaftliche Beteiligung

Gemeinnützigkeit schließt politisches Handeln nicht aus

■ Attac bleibt gemeinnützig. Das politische Engagement des globalisierungskritischen Netzwerks steht seiner Gemeinnützigkeit nicht entgegen. Das hat das Hessische Finanzgericht (HFG) in Kassel Mitte November entschieden. Die RichterInnen gaben damit der Klage von Attac gegen das Finanzamt Frankfurt statt (umwelt aktuell 07.2016, S. 30). Dieses hatte dem Netzwerk im April 2014 die Gemeinnützigkeit entzogen mit der Begründung, Attac sei zu politisch. Eine Revision ist nach der Entscheidung des HFG nicht möglich.

In ihrer Urteilsbegründung folgen die Richter der Argumentation des Netzwerks, dass das Gesetz, die Abgabenordnung, gemeinnützigen Vereinen nicht grundsätzlich politische Aktivitäten verbietet. Der Gesetzgeber habe damit lediglich eine (indirekte) Förderung politischer Parteien ausschließen wollen. Ausschlaggebend für die Gemeinnützigkeit eines Vereins sei die Frage, ob er die in seiner Satzung benannten Zwecke verfolgt. Die Richter betonten, dass politische Aktivitäten einer Gemeinnützigkeit nicht entgegenstehen, sofern sie im Gesamtkontext eines gemeinnützigen Zwecks stehen und eingebettet in ein umfassendes Informationsangebot sind. Gemeinnützige Zwecke wie Bildung, die Förderung des demokratischen Staatswesens oder Völkerverständigung seien dabei ohne Einflussnahme auf die politische Willensbildung kaum zu verfolgen. Insbesondere die gemeinnützigen Zwecke der Bildung, damit auch der politischen Bildung, und der Förderung des demokratischen Staatswesens seien weiter zu fassen, als das Finanzamt sehe.

„Dieses Urteil ist ein Sieg für die Zivilgesellschaft und eine Ohrfeige für das Frankfurter Finanzamt. Eine moderne Demokratie braucht kritische Bürgerinnen und Bürger und starke Nichtregierungsorganisationen, die politische Entscheidungsprozesse aktiv begleiten und sich einmischen. Zivilgesellschaft und Politik sind nicht unterschiedliche Sphären, sondern gehören untrennbar zusammen“, sagte Dirk Friedrichs vom Vorstand des Attac-Trägervereins nach der Verhandlung.

Nach der Entscheidung des Finanzamts 2014 durften Mitglieder und Unterstützer von Attac ihre Beiträge und Spenden nicht mehr von der Steuer absetzen, Stiftungen und andere Institutionen konnten Projekte von Attac nicht mehr fördern. Die NGO setzt sich ein für eine Umverteilung des globalen Reichtums, eine strenge Regulierung der Finanzmärkte, einen gerechten Welthandel und umfassende soziale Sicherheit. [mbu]

- ▶ Pressemitteilung HFG: www.kurzlink.de/hfg-attacurteil11.16
- ▶ Klagebegründung (PDF): www.attac.de/klagebegrueundung

PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

Drehbuchideen-Wettbewerb

KLAK-Fahrradkino: Der Stoff, aus dem grüne Träume sind

■ Das Unabhängige Institut für Umweltfragen und der Verein Solare Zukunft rufen zur Teilnahme am KLAK-Fahrradkinoprojekt und dem damit verbundenen Drehbuchideen-Wettbewerb auf.

In ihren Drehbuchentwürfen können junge Menschen zwischen 14 und 27 Jahren auf großer Leinwand erzählen, wie sie die Welt sehen und welche Visionen sie für die Zukunft haben. Zehn Kurzfilme entstehen aus den Einreichungen, die Jugendliche in Kooperation mit Profis aus der Film- und Medienbranche – Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf und Climate Communication Lab – produzieren werden. Gesucht werden Ideen für ein- bis dreiminütige Kurzfilme zum Thema Energie – Konsum – Mobilität. Einsendeschluss ist der 31. Dezember 2016.

2018 geht das Klimakurzfilmprogramm auf die Fahrradkinotour – mit 16 Tourstopps bundesweit. Hier werden die BesucherInnen selbst aktiv und auf praktische Art und Weise für den Klimaschutz sensi-

bilisiert. Denn die erforderliche Energie für das Kino wird durch Fahrräder mit Generatoren erzeugt. Mehr Informationen und die Bewerbungsunterlagen gibt es auf der Website des Fahrradkinos. [Nicole Wozny]

- ▶ www.fahrradkino.org
- ▶ UfU, Berlin, Schirin Shahed,
E-Mail: schirin.shahed@ufu.de, www.ufu.de

Landschaftsarchitektur-Preis

2017 Anmeldung online

■ Der Bund Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) hat zum 13. Mal den Deutschen Landschaftsarchitektur-Preis ausgeschrieben. Eine sozial und ökologische Siedlungs- und Landschaftsentwicklung, aber auch eine zeitgemäße Freiraumplanung sind die Hauptthemen für einzureichende Projekte. Die Teilnahme am Wettbewerb erfolgt zum ersten Mal online. Teilnehmen können alle deutschen beziehungsweise alle in Deutschland ansässigen Landschaftsarchitekten oder alle anderen Mitglieder des bdla. Pro Projekt ist – außer für bdla-Mitglieder – eine Teilnahmegebühr in Höhe von 200 Euro zu entrichten. Die Frist für die Online-Einreichung ist der 24. Januar 2017. Bis 15. März 2017 trifft die Jury eine Vorauswahl und nominiert die

TeilnehmerInnen für die Endrunde. Am 28. April werden dann die Sieger gekürt. Die Ehrung findet schließlich am 22. September in Berlin statt. [mf, mbu]

- ▶ www.deutscher-landschaftsarchitektur-preis.de

Adolf-Hempel-Preis

Für junge Tierschützer

■ Jugendliche und Schüler können sich bis zum 31. März 2017 beim Deutschen Tierschutzbund für den mit 2.500 Euro dotierten Adolf-Hempel-Jugendtierschutzpreis bewerben. Prämiert werden Kinder- und Jugendprojekte zu allen Themen im Tierschutz, die sowohl theoretische Aufgaben als auch praktische Elemente umsetzen. Entscheidend für die Bewertung der Jury ist, dass die Projekte nachhaltig Wirkung zeigen. Neben Gruppen können sich erstmals auch Einzelpersonen bewerben.

Für die Bewerbung gibt es Hilfestellungen auf der Jugendseite des Deutschen Tierschutzbunds. Die Jury wünscht sich neben einer kurzen Beschreibung auch anschauliches Material, das den Verlauf des Projektes dokumentiert – etwa Bilder, Zeitungsartikel oder Videos. [mbu]

- ▶ www.jugendtierschutz.de/jugendtierschutzpreis

Liebe Abonnent(inn)en, liebe Leser(innen)!

Wir danken Ihnen für Ihre Treue und Ihr Interesse an unserer Zeitschrift *umwelt aktuell* – und wir freuen uns darauf, Ihnen auch 2017 wieder die entscheidenden News zu Umwelt, Naturschutz und Nachhaltigkeit aus Deutschland und Europa vorzustellen!

Eine schöne Adventszeit und frohe Weihnachten wünschen die Herausgeber und die Redaktion von *umwelt aktuell* sowie der oekom verlag

oekom
verlag



umwelt aktuell

TERMINE

DEZEMBER

02.–17.12. Cancún (MX)

13. Vertragsstaatenkonferenz Konvention über biologische Vielfalt (CBD COP 13)

► www.cbd.int/cop

05.12., Berlin (D)

Tag des Bodens 2016. Fachveranstaltung

► Umweltbundesamt/Vertretung des Freistaats Thüringen beim Bund, www.umweltbundesamt.de/anmeldung-tag-des-bodens-2016

05.–09.12. Pitbus (D)

Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten/Fachtreffen zur Verwaltungsvereinbarung Vogelmonitoring. Tagung

► Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm, Putbus, Tel. +49 (0)30 / 038301 / 86-112, E-Mail: martina.finger@bfm.de

07.12., Tübingen (D)/08.12. Stuttgart (D)/

09.12. München (D)

Dr. Jane Goodall berichtet über ihr Lebenswerk. Vortrag

► Ärzte gegen Tierversuche, Jane Goodall Institut Deutschland, www.goodall.aerzte-gegen-tierversuche.de, www.janegoodall.de

08.12., Erfurt (D)

BUND Wildkatzensymposium 2016. Strategien für den Biotopverbund bis 2025

► BUND Rettungsnetz Wildkatze, Fachhochschule Erfurt, E-Mail: jenny.kupfer@bund.net, www.kurzlink.de/wildkatzensymp16

15.12., Bonn (D)

Ländersache Nachhaltigkeit – Die Umsetzung der 2030-Agenda auf Länderebene. Workshop

► Global Policy Forum Europe, E-Mail: europe@globalpolicy.org, Anmeldung: https://rsvp.globalpolicy.org/workshop_laendersache

JANUAR

05.–08.01., Radolfzell/Bodensee

Naturschutztage am Bodensee. Tagung

► BUND und NABU Baden-Württemberg, Anmeldung, Programm und weitere Informationen: www.naturschutztage.de/anmeldung.html

06.–08.01., bundesweit

Stunde der Wintervögel. Mitmachaktion

► NABU und LBV, Meldeschluss ist der 16.01., www.nabu.de/stunde-der-wintervoegel

20.–22.01., Berlin (D)

2. Flussfilmfestival Berlin. Filmfestival

► Kino Movimiento Kreuzberg (Berlin, Deutschland), Grüne Liga, Tel. +49 (0)30 / 40393530, E-Mail: wasser@grueneliga.de, www.wrrl-info.de

21.01., Berlin (D)

Agrarkonzerne: Finger weg von unserem Essen!

Demonstration (Start: 12 Uhr, Potsdamer Platz)
 ► Kampagne Meine Landwirtschaft, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 28482437, E-Mail: info@meine-landwirtschaft.de, www.wir-haben-es-satt.de

21.–22.01. Witzenhausen (D)

Zivilgesellschaftliche Arbeit wider den Wachstumszwang! Fachdialog

► DNR-Projekt Lust auf Zukunft, E-Mail: hauke.ebert@dnr.de, www.nachhaltigkeits-check.de

23.–24.01., Berlin (D)

Verunsicherung, Brüche, Repressionen – Was soziale Teilhabe in Deutschland bedroht.

Buchpräsentation und Konferenz
 ► Heinrich-Böll-Stiftung, Anmeldung erforderlich: www.kurzlink.de/boell-23.01.2017

27.–28.01., Essen (D)

Konferenz zum sozial-ökologischen Umbau.

Konferenz
 ► Die Linke/Rosa-Luxemburg-Stiftung, u.a. mit Campact, www.sozial-oeko-logisch.blog.rosalux.de

30.01. Münster (D)

Fundraising für Umwelt und Entwicklung. Tagung

► Eine Welt Netz NRW/NABU NRW et al., Thorsten Wiegers, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 15925113, E-Mail: thorsten.wiegers@nabu-nrw.de, www.franz-hitze-haus.de/programm/17-205

31.01., Berlin (D)

8. Nationales Forum zur biologischen Vielfalt

► Bundesumweltministerium, Naturschutzoffensive 2020, Anmeldung erforderlich: www.bmub.bund.de/E1918

Umweltbildungs-Termine: [siehe S. 44](http://www.dnr.de/termine)

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Dezember 2016/
 Januar 2017
 ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hnh] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Clemens Küpper [ck], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr], Elena Schäggl [es], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Max Ferber [mf], Cedric Hörder [ch], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 33

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg.
Fotos: DLR (Titel), S. 35 © Miklas Hahn. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

